

Bozener Appell

Besorgt blicken der deutsche und italienische Mittelstand nach der Wahl zum europäischen Parlament nach Brüssel. Die Hoffnung, dass sich mit einer neuen Kommission endlich eine Zuwendung für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand in Europa politisch realisiert scheint derzeit in weite Ferne gerückt. Ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen aus Brüssel werden sich die eklatanten Wettbewerbsnachteile der europäischen Industrie und des europäischen Mittelstands weiter manifestieren, mit katastrophalen Folgen für den Wohlstand, soziale Sicherheit und sozialen Frieden, und damit für die Demokratie in Europa.

Gerade weil der deutsche und italienische Mittelstand entschieden zu Europa steht und dessen Rolle und Möglichkeiten als unabdingbar für den Erfolg unserer gemeinsamen Wirtschaft und den Wohlstand unserer Gesellschaften ansieht, appellieren wir dringend an die Kommissionspräsidentin Fr. von der Leyen, die von ihr gegebenen Versprechen zum Bürokratieabbau und für Maßnahmen zur Rettung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit endlich umzusetzen. Wir erwarten dabei auch von den politischen Kräften, die Verantwortung für die Führungsrolle dieser Kommissionspräsidentin tragen, namentlich der Europäischen Volkspartei und der sie tragenden deutschen CDU/CSU, dass diese nun ihr gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale werfen, um eine klar konnotierte Kehrtwende in der europäischen Wirtschaftspolitik herbeizuführen.

1. Bürokratieabbau muss ab jetzt erste EU-Kommissarinnen- und -Kommissarspflicht sein: wir rufen alle wirtschaftsfreundlichen Parteien im Europaparlament auf, die angehenden **Kommissare und Kommissarinnen daraufhin festzunageln**, dass sie die **Vereinfachung, die Abmilderung und zur Not auch die Rücknahme von Auflagen als erste Priorität wahrnehmen**, seien es Berichtspflichten, seien es Genehmigungsverfahren, Zertifikatsauflagen oder Zulassungen, die die EU zu verantworten hat. Das Prinzip muss sein: **erst 2 EU-Auflagen, EU-Verordnungen und EU-Richtlinien abschaffen, bevor eine neue vorgeschlagen werden kann, first 2 out and only then 1 new in.** In ganz Europa kosten bürokratische Erfüllungskosten für Unternehmen **alljährlich derzeit ca. 320 Mld. Euro¹**. **Ließen sich hiervon 50% einsparen, bedeutete dies mit ca. 160 Mld. Euro schon 20% des jährlichen Investitionsbedarfs, den Draghi errechnet hat um Europas Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen.** Das kann z.B. erreicht werden durch 3 vorrangige Interventionen:

a – ein allumfassendes "**Once Only**"-Prinzip muss dringend **einklagbares Recht von EU-Unternehmen und EU-Bürgern** sein: was in einem Mitgliedsland im Einklang mit EU-Gesetzgebung gilt, muss in jedem anderen EU-Land gelten, ohne weitere Zusatzaufgaben.

b – **weniger Vorsorge- und mehr Nachsorge** bei neuen Produkten, Prozessen und Dienstleistung: um Innovationen des Mittelstandes schneller auf den Markt zu bekommen,

¹ S. "Basic facts and figures" als Anhang am Ende dieses Dokuments



müssen durch **vorläufige Zulassungen, legislative sandboxes** und **Erhöhung der Herstellerverantwortung** für eventuelle Schäden die Kontrollprozesse verkürzt werden. Kontrollbehörden sollen zur Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der technischen Planung verpflichtet werden, noch bevor Zulassungen und Zertifikate beantragt werden müssen.

c – **radikale Reduzierung von Berichtspflichten** vonseiten der Unternehmen auf ein **absolutes Mindestmaß**: Jede Information deren Ursache **nicht von Unternehmen beeinflusst bzw. verantwortet werden kann** – da sie zumeist in der Verantwortung des Staates liegt – muss von Berichtspflichten ausgenommen werden. Es ist der Staat, der kontrollieren muss, Unternehmen dürfen nicht mehr unter Generalverdacht gestellt werden, und nicht ständig den Umkehrbeweis antreten müssen, *dass* sie gesetzeskonform handeln.

2. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Partner in der Welt: Handels- und Zollkriege, Verschleppung und Vermeidung von Freihandelsabkommen sind genau das Falsche, was wir jetzt nicht machen sollten. **Europa's Wohlstand hängt zu 40% vom Export ab.** Nach den - richtigen und notwendigen - Russlandsanktionen müssen wir jetzt Strafzölle, Einfuhrquoten und das Scheitern von schon verhandelten Abkommen wie Mercosur, Australien und CETA absolut vermeiden, um uns Türen zu entscheidenden Rohstoffen und Märkten zu öffnen. Das betrifft auch die falschen Zölle auf E-Autos aus China, die mengenmäßig derzeit noch lange kein Problem darstellen. Wir müssen wettbewerbsfähiger werden, dank Bürokratieabbau, Steuererleichterungen und Förderung von Innovationen, anstatt andere für unser partielles Scheitern zu bestrafen. Wettbewerb tut gut und fördert die Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir nur 5% mehr exportieren, schaffen wir **240 Mld. Euro mehr Einkommen in Europa, nochmal 30% der von Draghi geforderten Mittel.**

3. Arbeitsmarktreformen, geregelte, qualifizierte Zuwanderung und eine bessere, arbeitsbasierte Berufsausbildung müssen mindestens an 3. Stelle der Prioritätenliste stehen: der immer dramatischere **Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel kostet uns derzeit ca. 1,5% nicht-produziertes Wirtschaftswachstum. Das sind 200 Mld. in der gesamten EU, pro Jahr.** Wir fordern, dass von den 30 Mld. Mittel für das Programm Erasmus+ **ab sofort 20% nur in die Überwindung dieses Problems investiert werden.** Auch soll das Prinzip der Berufszulassungen umgekehrt werden: wenn die Arbeitsverwaltung nicht nachweisen kann, dass sie qualifizierte, lokale Arbeitskräfte findet, sind die Arbeitgeber davon befreit, neue Mitarbeiter mit der passenden Ausbildung anstellen zu müssen. Falls ein Mitarbeiter eine Arbeit erledigen kann, nach Einschätzung des Arbeitgebers, dann reicht das für den Anfang. Qualifizierung kann danach auch per re-skilling, up-skilling und microcredentials erfolgen, *on the job*. Das Mehr an Wachstum stellt **weitere 25%** von Draghi's Berechnung dar.

Somit wären nur noch 200 Mld. Euro notwendig um das von Draghi vorgeschlagene Investitionsvolumen zu erbringen. Wenn Unternehmen mit **weniger Bürokratie, mehr und produktiveren Mitarbeitern** für **größere, internationale Märkte** produzieren können, werden auch private Investitionen rentabler. Das schließt die letzten 25% der Investitionslücke.



4. Keine weiteren "selbst-zerstörerischen" Gesetze (*self-defeating legislation*, O-Ton Draghi) auf EU-Ebene: PFAS können nicht vollständig verboten werden, ebenso wenig wie Plastikfolien in Verpackungen und im Transport. Das Ende des Verbrennungsmotors kann ein Ziel sein, aber das Jahr 2035 sollte dabei keine Glaubensfrage sein. Datenschutz kann nicht ohne Risiko sein und Missbrauch nicht vollkommen ausgeschlossen werden, wenn wir noch irgendetwas gegenüber den USA und China in Sachen Digitalisierung und KI aufholen wollen. Und vor allen Dingen darf das 90%-CO₂-Reduktionsziel für 2040 nicht Gesetz werden. 75% sind mehr als genug. Und sollten wir dennoch 80% erreichen, können wir das als großen Erfolg bewerten. Klimaneutralität in 2050 ist an sich schon sehr ambitioniert, aber machbar, wenn wir **jetzt umdenken** und **sofort umlenken**, solange es noch möglich ist.

5. Grundsätzlich gilt: Die nachhaltigste Investition (wenn wir z.B. von *sustainable finance* sprechen) ist es, in den Mittelstand zu investieren - der bleibt in den Regionen, schafft Arbeitsplätze, hält in Krisenzeiten durch, unterstützt die Gemeinschaften vor Ort und die Zivilgesellschaft, produziert Innovationen und Lösungen, integriert benachteiligte Gruppen, schafft Zusammenhalt und erhält den Boden für Wohlstand, Demokratie und Freiheit. Der Mittelstand schaltet nicht bei einem leichten Quartalsverlust kurzfristig ein ganzes Werk ab. Der Mittelstand braucht Hilfe, erfolgreiche Businessmodelle und dafür Partner bei der Twin-Transition, nicht Vorschriften wie Green Claims, Berichtspflichten wie CSRD oder einklagbare Zielvorgaben wie das -90% CO₂-Ziel in 2040. Taxonomie ist ein Zinserhöhungsprogramm für Banken, keine Erleichterung für kleine und mittlere Unternehmen, um besser an Finanzierung zu kommen. Sie gehört sobald als möglich abgeschafft.

Im Namen von

Christoph Ahlhaus

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Vorsitzender der
Bundesgeschäftsführung
European Entrepreneurs CEA-PME
Präsident

Cristian Camisa

Confederazione Italiana
della Piccola e Media
Industria Privata CONFAPI
Präsident

und mit der Unterstützung von

Stefan Moritz

European Entrepreneurs CEA-PME
Secretary General

Giovanni Zizzerini

International Network
for Small and Medium-sized
Enterprises INSME
Secretary General



Appello di Bolzano

Le piccole e medie imprese tedesche e italiane guardano con preoccupazione a Bruxelles dopo le elezioni del Parlamento europeo. La speranza che con una nuova Commissione l'attenzione per le piccole e medie imprese e la loro competitività possa finalmente essere al centro della politica europea sembra attualmente molto lontana. Senza le adeguate condizioni quadro da parte di Bruxelles, gli evidenti svantaggi competitivi dell'industria e delle piccole e medie imprese europei continueranno a manifestarsi, con conseguenze catastrofiche per la prosperità, la sicurezza sociale, la pace sociale e quindi per la democrazia in Europa.

Proprio perché le PMI tedesche ed italiane sono decisamente a favore dell'Unione Europea e la considerano insostituibile nel suo ruolo e nelle sue opportunità per il successo della nostra economia comune e il benessere delle nostre società, chiediamo con urgenza alla Presidente della Commissione Sig.ra von der Leyen di attuare finalmente le promesse fatte di ridurre drasticamente la burocrazia e di adottare le misure necessarie per salvare la competitività europea. Ci aspettiamo che le forze politiche che hanno proposto e sostenuto la candidatura della precedente ed attuale presidente della Commissione, vale a dire il Partito popolare europeo e in particolare la CDU/CSU tedesca, mettano ora tutto il loro peso politico per ottenere una svolta chiaramente connotata della politica economica europea.

1. D'ora in poi, ridurre la burocrazia deve essere il primo dovere dei Commissari europei: invitiamo tutti i partiti favorevoli alle imprese nel Parlamento europeo a **garantire che i futuri Commissari siano i primi a semplificare, mitigare e, se necessario, eliminare obblighi burocratici.** Che si tratti di obblighi di reporting, procedure di approvazione, requisiti di certificazione o documentazione, di cui firma responsabile l'UE. Il principio deve essere: **prima vanno eliminati 2 regolamenti o direttive UE, e solo poi se ne può proporre uno nuovo, first 2 out and only then 1 new in.** In tutta l'Europa, per essere in regola con gli obblighi burocratici, le imprese spendono attualmente **ogni anno ca. 320 miliardi di Euro².** **Se solo si potessero risparmiare di questi costi il 50%, vale a dire ca. 160 miliardi di Euro oppure 20% del fabbisogni annuale d'investimento che Mario Draghi ha calcolato per rendere l'economia europea più competitiva.** Ciò può essere p.es. raggiunto con 3 interventi prioritari:

a – un **principio "Once Only"** onnicomprensivo deve diventare urgentemente un **diritto giuridicamente rivendicabile** da parte delle aziende e dei cittadini di tutta l'UE: ciò che vale in uno Stato membro secondo il diritto dell'UE deve valere anche in un altro Paese dell'UE, senza ulteriori requisiti.

b – **meno prevenzione del rischio a tutti i costi e più responsabilità in caso di impatti negativi** per nuovi prodotti, processi e servizi: per portare le innovazioni delle PMI

² V. "Basic facts and figures" come allegato alla fine di questo documento



più velocemente sul mercato, i processi di controllo preventivo devono essere abbreviati tramite **permessi preliminari condizionali**, **legislative sandboxes** e **incremento della responsabilità** del produttore per eventuali danni. Le autorità pubbliche di controllo e verifica devono essere obbligati a collaborare con le aziende nella progettazione di nuovi prodotti e servizi, prima che sia necessario richiedere un permesso o un certificato.

c – la **riduzione radicale di tutti gli obblighi di rendicontazione e reporting** da parte delle aziende a un **livello di minimo assoluto**: ogni informazione su fatti la quale causa **non può essere influenzato dalle imprese o essere ascritto alla loro responsabilità** – perché spesso è di responsabilità dello stato in cui le imprese operano – deve essere escluso da obblighi di reporting o rendicontazione. È lo Stato che ha l'obbligo di controllare, e le imprese non possono essere sospettate tutte assieme in maniera pregiudizievole, dovendo sempre dimostrare da sole il contrario, e cioè *che agiscono* in maniera conforme alle leggi.

2. Non abbiamo bisogno di meno, ma di più partner nel mondo: guerre commerciali e tariffarie, ritardare ed evitare accordi di libero scambio sono esattamente le cose sbagliate che non dovremmo fare adesso. **Il PIL europeo dipende per il 40% dalle esportazioni.** Dopo le – giuste e necessarie – sanzioni contro la Russia, dobbiamo ora evitare assolutamente dazi punitivi, quote di importazione e il fallimento di accordi già negoziati come Mercosur, Australia e CETA per aprire le porte a materie prime e mercati cruciali. Ciò vale anche per i dazi sbagliati sulle auto elettriche provenienti dalla Cina, che attualmente non rappresentano un problema in termini di volume. **Dobbiamo diventare più competitivi noi**, riducendo la burocrazia, riducendo le tasse e promuovendo l'innovazione, **invece di punire gli altri per i nostri fallimenti parziali.** La concorrenza è positiva e promuove la competitività. Se esportiamo solo il **5% in più creeremo 240 miliardi di euro di valore aggiunto in più in Europa, un altro 30% dei fondi richiesti da Draghi.**

3. Le riforme del mercato del lavoro, un'immigrazione regolamentata e qualificata e una migliore formazione professionale fatta sul posto del lavoro devono essere almeno al terzo posto della lista delle priorità: la **carenza sempre più drammatica di forza lavoro in generale e lavoratori qualificati in particolare ci costa attualmente circa l'1,5% di PIL in termini di crescita economica non prodotta.** Si tratta di **quasi 200 miliardi all'anno in tutta l'UE.** Chiediamo che il **20%** dei 30 miliardi di fondi del programma Erasmus+ venga **investito immediatamente per superare esattamente questo problema.** Anche il principio delle licenze professionali dovrebbe essere invertito: se l'ufficio del lavoro non può trovare lavoratori locali, i datori di lavoro sono esentati dall'obbligo di assumere lavoratori con la formazione formalmente adeguata. Se un dipendente può svolgere il lavoro, secondo la valutazione del datore di lavoro, ciò è sufficiente per l'assunzione. La qualificazione può poi avvenire anche tramite la riqualificazione, il miglioramento delle competenze e le micro-credenziali, sul posto di lavoro. **Questa potenziale crescita aggiuntiva rappresenterebbe un ulteriore 25% del calcolo di Draghi.**



Pertanto mancherebbero solo più 200 miliardi di Euro per raggiungere il volume d'investimento proposto da Draghi. Se le imprese possono produrre con **decisamente meno burocrazia**, con **più collaboratori più produttivi, per mercati più grandi ed internazionali**, anche gli investimenti privati saranno più redditizi. Ciò chiude il 25% mancante d'investimenti.

4. Nessuna ulteriore legge “autodistruttiva” (self-defeating legislation, citando Draghi) a livello UE: i PFAS non possono essere completamente banditi, così come non possono essere banditi i film di plastica negli imballaggi e nei trasporti. La fine del motore a scoppio può essere un obiettivo, ma il termine del 2035 non deve essere un feticcio. Nella protezione dei dati non possono essere esclusi totalmente i rischi e gli abusi se vogliamo raggiungere gli Stati Uniti e la Cina in termini di digitalizzazione e intelligenza artificiale.

E soprattutto l'obiettivo di riduzione del 90% di CO2 entro il 2040 non deve diventare legge. Il 75% è più che sufficiente. E se raggiungiamo pure l'80% nel 2040, potremo vederlo come un grande successo. La neutralità climatica nel 2050 è di per sé molto ambiziosa, ma è fattibile se **oggi ripensiamo e riorientiamo** ora le nostre politiche, finché è ancora possibile.

5. Fondamentalmente: l'investimento più sostenibile (se parliamo p.es. di finanza sostenibile) è investire nelle PMI: esse rimangono nelle regioni, creano posti di lavoro, perseverano in tempi di crisi, sostengono le comunità locali e la società civile, producono innovazioni e soluzioni, ed integrano gruppi svantaggiati, creano coesione e mantengono produttive le basi per la prosperità, la democrazia e la libertà. Le piccole e medie imprese non chiudono un intero stabilimento appena subiscono una lieve perdita in un trimestre. Le PMI hanno bisogno di aiuto, di nuovi modelli di business di successo e di partner per le transizioni gemelle, ma non di normative come i Green Claims, obblighi di reporting come CSRD, o obiettivi prescritti per legge come i 90% di CO2 in meno nel 2040. P.es. la tassonomia è un programma di aumento degli interessi a favore delle banche, non un aiuto per le PMI per meglio ottenere dei finanziamenti. Andrebbe abolita quanto prima.

Nel nome di

Christoph Ahlhaus

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Presidente del Consiglio
Direttive Federale

European Entrepreneurs CEA-PME
Presidente

Cristian Camisa

Confederazione Italiana
della Piccola e Media
Industria Privata CONFAPI

Presidente

E con il supporto da parte di

Stefan Moritz

European Entrepreneurs CEA-PME

Giovanni Zizzerini

International Network for



Secretary General



Small and Medium-sized
Enterprises INSME
Secretary General



Bolzano Appeal

New European Commission: Now a Real Change for the Real Economy!

After the European Parliament elections, German and Italian small and medium-sized businesses are looking to Brussels with concern. The hope that a new Commission will finally politically implement support for the competitiveness of small and medium-sized businesses in Europe seems to be a long way off at the moment. Without the appropriate framework from Brussels, the blatant competitive disadvantages of European industry and small and medium-sized businesses will continue to manifest itself, with catastrophic consequences for prosperity, social security, social peace and thus for democracy in Europe.

Rightly because German and Italian SME and Mid-Caps fully support the European Union and consider it unreplaceable in its role and its opportunities for the success of our common economy and the wealth of our nations, we urgently call to Commission President Ms. von der Leyen to finally implement the promises she has made to significantly reduce bureaucracy and to take necessary measures to save European competitiveness. We expect the political forces responsible for the leadership role of this Commission President, namely the European People's Party and the German CDU/CSU that supports her, to now throw all of their political weight into the balance to bring about a clearly connoted turnaround in European economic policy.

1. Reducing bureaucracy must now be the first duty of each EU commissioner: we call on all pro-business parties in the European Parliament to insist that the future commissioners make simplification, mitigation and, if necessary, withdrawal of administrative burden as their first priority, be it reporting requirements, approval procedures, certificates or authorisations for which the EU is responsible. The principle must be: **first 2 EU regulations or directives out, before a new one can be proposed, first 2 out and only then 1 new in.** In whole Europe, bureaucratic compliance costs amount to currently **approx. 320 bln Euro each year³**. **If we only could save 50% of these costs, that would mean approx. 160 bln Euro or 20% del annually needed amount of investment that Mario Draghi has calculated to make Europe's economy more competitive.** This can e.g. be achieved through 3 priority interventions:

³ Please see "Basic facts and figures" annexed at the end of this document



a – An all-encompassing "**Once Only**"-principle for the whole Union should become an **enforceable right of all EU companies and citizens**: what applies in one member state under EU law must also apply in another EU country, without any additional requirements.

b – **less pre-care, and more aftercare** for new products, processes and services: in order to bring the innovations of SME and Mid-Caps faster to the markets, validation processes must be shortened through **conditional preliminary permits, legislative sandboxes** and **increase of the producer's responsibility** for potential harm. The public control and verification authorities should be obliged to cooperate with companies during the project development and planning of new products and services, before applying for any licenses or certificates.

c – the **radical reduction of all reporting obligations** by enterprises to an **absolute minimum**: every information about facts whose cause **cannot be influenced by companies or be accounted to their responsibility** – simply because often this responsibility lies in the hands of the state in which these enterprises are located – must be exempted from reporting or liability obligations. It's the state that has the duty to control, and business cannot be suspected by default and by prejudice of fault, being continuously obliged to prove the contrary, i.e. *that* they act in line with the law.

2. **We need more partners in the world, not fewer**: trade and tariff wars, delaying and avoiding free trade agreements are exactly the wrong things we should not be doing now. **40% of Europe's wealth depends on exports**. After the - correct and necessary - sanctions against Russia, we must now absolutely avoid punitive tariffs, import quotas and the failure of agreements already negotiated such as Mercosur, EU-Australia and CETA in order to open doors to crucial raw materials and markets. This also applies to the wrong tariffs on electric cars from China, which are currently far from being a problem in terms of quantity. We must become more competitive, thanks to reducing bureaucracy, reducing taxes and promoting innovation, instead of punishing others for our partial failure. Competition is good and promotes competitiveness. **If we export just 5% more, we will generate 240 bln Euro more income in Europe, another 30% of the funds recommended by Draghi.**

3. **Labour market reforms, regulated, qualified immigration and better, and a better work-based vocational training must be at least third on the list of priorities**: the increasingly dramatic shortage of workers and lack of skilled workers is currently costing us around **1.5% of GDP in non-produced economic growth**. That is **200 billion across the entire EU**, per year. We demand that 20% of the 30 billion Erasmus+ programme funds **be invested immediately in solutions to overcome precisely this problem**. The principle of professional certificates must also be reversed: if the local job agency cannot find local skilled workers, employers are exempt from having to employ workers with the appropriate formal training or certificates. If an employee can do the job, in the employer's opinion, then that is enough. Qualification can then also be done via re-skilling, up-skilling and micro-credentials, on the job. **The additional growth represents another 25% of Draghi's calculation.**



In this way, only additional 200 bln Euro would lack to fill the investment gap proposed by Draghi. If companies can produce with **clearly less bureaucracy, with more and more productive workers, for larger international markets** also private investments will be more profitable. This should fill the lacking 25% of investment.

4. **No more "self-defeating legislation" (Draghi's own words) at EU level:** PFAS cannot be completely banned, nor can plastic film in packaging and transport. The end of the combustion motor can be an objective, but the deadline of 2035 should not be a fetish. Data protection cannot be without risk and abuse cannot be completely ruled out if we want to catch up with the USA and China in terms of digitalisation and AI. And above all, the 90% CO2 reduction target for 2040 must not become law. 75% is more than enough. And if we do reach 80%, we will be able to understand it as a success. Climate neutrality in 2050 is very ambitious in itself, but achievable **if we rethink and redirect now our approach**, while it is still possible.

5. **Basically, the most sustainable investment (talking e.g. about *sustainable finance*) is to invest in small and medium-sized enterprises:** they stay in the regions, create jobs, train, persevere in times of crisis, support local communities and the civil society, produce innovations and solutions, integrate disadvantaged groups, create cohesion and maintain a fertile ground for prosperity, democracy and freedom. Small and medium-sized enterprises do not shut down an entire plant at short notice if they make a small loss in one quarterly balance sheet. Small and medium-sized enterprises need help, successful new business models and partners for the twin transition, but not regulations like Green Claims, reporting obligations like CSRD or enforceable targets like the -90% CO2 target for 2040. E.g. taxonomy is an interest rate increase program for banks, not a way for SME to get better access to finance. It should be abolished asap.

In the name of

Christoph Ahlhaus

Der Mittelstand. BVMW e.V.
President of the Federal
Executive Council

European Entrepreneurs CEA-PME
President

Supported by

Stefan Moritz

European Entrepreneurs CEA-PME
Secretary General

Cristian Camisa

Confederazione Italiana
della Piccola e Media
Industria Privata CONFAPI

President

Giovanni Zizzerini

International Network for
Small and Medium-sized
Enterprises INSME
Secretary General



Background Facts and Figures

Excessive regulatory and administrative burden can hinder the competitiveness of EU companies compared to other blocs. It may lead to higher prices for consumers. Indicators based on surveys and perceptions, such as the **World Bank's Doing Business database**, suggest that the **business environment in the EU is less favourable than in the US**.

Moreover, **61% of participating companies** in the 2023 EIB Investment Survey flagged regulation as an **obstacle to long-term investment in the EU14**, and **83% of companies polled in 2023 by Business Europe across 21 Member States** raised **complexity and the duration of permitting** as key obstacles to investing in Europe, compared to other regions.

The **Stoiber Group** estimated in **2014** that the administrative burden in the EU amounts to **EUR 150 billion** per year, or **about 1.3% of GDP**. When considering additional costs such as complex procedures, not harmonized labelling standards, and excessive national requirements, the **opportunity cost** due to the lack of harmonization is estimated to reach **EUR 200 billion annually**. To this have to be added GDP growth and inflation since 2014, roughly **220-230 billion today**.

Another calculation can also be: in Germany, bureaucratic compliance costs amounted to **67 billion Euro** per year in 2022. Germany represents 21% of the European GDP. If a similar amount of the GDP's share applies to all EU member states, we count **320 billion Euro**, or approx. 2.4% of EU's GDP.

A larger **'regulatory flow'** – defined as the number of new provisions passed in a dedicated time period is among the factors making the EU's regulatory environment less favourable for conducting business compared to the US. While direct comparisons are prevented by different political and legal systems, around **3.500 pieces of legislation were enacted and around 2.000 resolutions were passed in the US at the federal level over the past three Congress mandates (2019-2024)**. During the same period, around **13.000 acts have been passed by the EU, of which 515 ordinary legislative acts, 2.431 other legislative acts, 954 delegated acts, 5.713 implementing acts and 3.442 other acts**. This comes **in addition to national legislation** passed in each Member State. As an example, Danske Industry found that due to developments in both EU and national legislation the **number of regulations in Denmark rose by 63% from 2001 to 2023**.

The **GDPR**, which aims to harmonize privacy enforcement across the EU, has led to **significant administrative burdens due to 'gold-plating'** and inconsistent enforcement by national Data Protection Authorities (DPAs). **Compliance costs for GDPR are substantial, reaching up to EUR 500,000 for SMEs and EUR 10 million for large organisations**. In comparison, EU companies have **reduced data storage by 26% and data processing by 15%** relative to US companies. Despite these challenges, Member States resisted further harmonization in December 2023.

The waste and packaging waste legislation, like PPWD, imposes substantial regulatory costs on SMEs due to overlapping and inconsistent national requirements. Without EU-level criteria, **Member States apply divergent rules**, leading to **high compliance costs and legal uncertainty**. A gap analysis of 13 EU laws revealed **169 duplicative requirements**, with 29% showing differences and 11% inconsistencies.

In 2023, **regulatory obstacles** were identified as the greatest challenge by **55% of SMEs, 52% of start-ups, and 36% of mid-caps**. The **costs associated with the sustainability reporting and due diligence framework, including taxonomy, CSRD and CSDDD**, can reach up to **12.5% of investment volumes for mid-caps**. Overall, existing regulatory measures do not adequately address the proportionality needs of smaller companies.